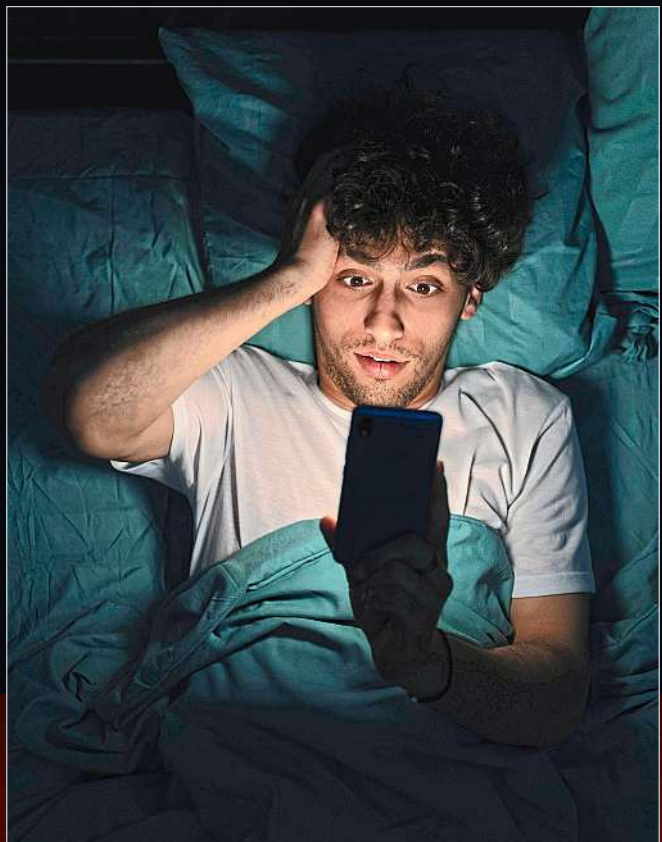


Wer Fotos auf Facebook liken, Videos auf YouTube streamen oder **PORNOS** auf Pornhub schauen will, muss künftig sein Alter nachweisen.

Kein Porno ohne Ausweis

Das Social-Media-Verbot erfasst weite Teile des Internets, darunter: Pornoseiten.

Von Max Miller und Kevin Yang



SHUTTERSTOCK



Die Nachricht war gut versteckt: Wer in Österreich Pornos schauen will, muss ab 2027 wohl einen Altersnachweis erbringen. Das will die Regierung als Teil des Social-Media-Verbots beschließen. Doch bei der Präsentation des neuen Gesetzes erwähnten Kanzler Christian Stocker (ÖVP), Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) und Außenministerin Beate Meisl-Reisinger (Neos) nicht, wie breit dessen Anwendungsbereich sein wird: Die Regierung könnte im Namen des Jugendschutzes eine verpflichtende Alterskontrolle für große Teile des Internets einführen.

Montag, der 27. Juli, sei „ein sehr guter Tag aus Sicht der Kinder“ gewesen, sagte Vizekanzler und Medienminister Andreas Babler (SPÖ). Der SPÖ-Chef konnte endlich verkünden, wofür sich seine Partei seit mehr als einem Jahr eingesetzt hatte: ein Social-Media-Verbot für Kinder unter 14 Jahren. Nach Bablers Vorstellungen soll das Gesetz bereits im Jänner 2027 in Kraft treten, gefolgt von einer Übergangsfrist bis zum 1. April. Danach müssen die Plattformen die neuen Vorgaben erfüllen. Andernfalls drohen empfindliche Strafen von bis zu sechs Prozent des weltweiten Jahresumsatzes.

Für die Bundesregierung ist das Social-Media-Verbot ein erster Meilenstein im Kampf gegen die Techkonzerne. Die Liste der Vorwürfe gegen die Plattformen ist lang: Übermäßige Bildschirmzeit beeinträchtigt die Konzentrationsfähigkeit von Kindern, Bilder von Krieg und Gewalt werden ohne Kontext direkt auf die Handys gespült, zudem begünstigten Plattform-Algorithmen Radikalisierung und Cybermobbing. Pädagogen und Suchtexperten fordern daher seit Jahren strengere Einschränkungen. Auch deshalb, weil bisherige Versuche, Inhalte kindgerecht zu moderieren, kaum Wirkung gezeigt haben.

Schützende Sperre

Zu ihrem eigenen Schutz sollen Kinder nun von Social-Media-Seiten ausgesperrt werden. Im Kern ist das ge-

plante Verbot recht einfach: Nutzt eine Website, auf der von Nutzern erstellte Videos geteilt werden, mindestens eines von fünf als „süchtigmachend“ eingestuften Instrumenten, darf sie von Kindern unter 14 Jahren nicht mehr aufgerufen werden. Dazu zählen algorithmische Empfehlungssysteme, endloses Scrollen, Belohnungen für die kontinuierliche Nutzung, die Möglichkeit der Kontaktaufnahme durch Fremde sowie Benachrichtigungen, die Nutzer auf die Plattform zurückholen sollen.

Alle großen Plattformen wie Facebook, Instagram und TikTok erfüllen zumindest eines dieser Kriterien. Betroffen wären aber auch Videoplattformen wie YouTube. Theoretisch könnten die Seitenbetreiber die süchtigmachenden Instrumente entfernen oder „kinderfreundliche“ Versionen zur Verfügung stellen. Dass die großen internationalen Anbieter das für den vergleichsweise kleinen österreichischen Markt tun, ist aber nahezu ausgeschlossen.

Welche Seiten sonst davon betroffen wären, weiß die Regierung noch nicht vollumfänglich. Ein fertiges Tool zur Altersverifizierung gibt es ebenfalls noch nicht. ÖVP, SPÖ und Neos haben aber schon eine Vorstellung, wie es

„Es ist ein riesiger Schritt in Richtung autoritäres Internet, wie man es bisher nur aus Russland, China und dem Iran kennt.“

Thomas Lohninger, Geschäftsführer von Epicenter.Works

aussehen soll: Nutzer sollen ihr Alter einmalig über eine App (zum Beispiel die ID Austria) nachweisen. Diese App produziert dann einen verschlüsselten Altersnachweis, der zum Beispiel lokal am Gerät gespeichert wird. Wann immer altersbeschränkte Seiten aufgerufen werden, soll nur dieser anonyme Nachweis geprüft werden. Die Website erfährt keinen Namen, nicht einmal das Alter des Nutzers, nur die Bestätigung: „Ist alt genug.“

Zumindest stellt sich die Regierung das so vor.

Sie hofft, dass eine Weiterentwicklung der ID-Austria diese Bedingungen erfüllen kann. Ebenso könnten private Hersteller derartige Alters-Nachweis-Apps entwickeln. Und die EU könnte im Herbst ohnehin eine eigene Anwendung zur Verfügung stellen.

Porno-Pass

Was die Regierung bei ihrer Präsentation jedoch nicht erwähnte: Die Apps werden zwei Altersgrenzen im Internet kontrollieren: Ab 14 und ab 18 Jahren. Denn mit dem Gesetzesentwurf müssen etwa Pornoseiten künftig echte Altersnachweise von ihren Nutzerinnen und Nutzern verlangen. Dies bestätigte das Medienministerium erst einen Tag später nach einer Anfrage von profil. Einer Bitte um ein Statement zur Notwendigkeit der Maßnahme

„Damit droht unter anderem die versteckte Klarnamenpflicht durch die Verknüpfung von Altersverifikation und Identität.“

Süleyman Zorba, Nationalratsabgeordneter, Die Grünen

erhielt profil von Medienminister Babler bis Redaktionsschluss nicht. Auch der für die technische Umsetzung zuständige Staatssekretär Alexander Pröll (ÖVP) ließ eine Anfrage unbeantwortet.

Schon bisher müssten laut Gesetz „Inhalte mit grundloser Gewalt und Inhalte, die sich überwiegend auf die unreflektierte Darstellung sexueller Handlungen beschränken, für Minderjährige unzugänglich sein.“

Medienminister Andreas Babler (SPÖ) schickte den Entwurf in Begutachtung.



ALEXANDRA UNGER

In der Praxis wird das allerdings mit einem Knopfdruck ohne Kontrolle gelöst: Wer auf „Ich bin 18 Jahre oder älter“ klickt, erhält in der Regel Zugriff auf Pornoseiten und Co. Im Gesetzesentwurf der Regierung wird nun festgehalten, dass „die neuen Anforderungen an die einzusetzende Altersverifikationsmethode auch für solche Plattformen gelten sollen“. Anders gesagt: Wer Pornos schauen will, muss seine Volljährigkeit beweisen.

Es wäre ein neues, weniger freies Internet.

„Es ist ein riesiger Schritt in Richtung autoritäres Internet, wie man es bisher nur aus Russland, China und dem Iran kennt“, warnt Thomas Lohninger, Geschäftsführer von Epicenter.works, einer NGO, die sich für Grundrechte im Internet einsetzt. Kinder zu schützen, sei absolut legitim, „aber das von der Regierung vorgeschlagene Mittel ist dafür gänzlich falsch und hat einen riesigen Kollateralschaden, der uns in ein dystopisches Gesellschaftskonstrukt bringen kann“.

Autoritäres Netz

Lohninger kritisiert vor allem, dass mit dem Social-Media-Verbot eine staatliche Zugangsinfrastruktur auf Basis der ID Austria geschaffen werde. Wer künftig auf weite Teile des Internets zugreifen wolle, müsse sich zuvor über ein staatlich reguliertes System ausweisen.

Die FPÖ stellt sich, wenig überraschend, radikal gegen die Pläne der Regierung: „Der Regierung geht es nicht um den Schutz unserer Kinder, sondern um die totale Kontrolle des Internetverhaltens der Menschen“, behauptet die blaue Sprecherin für Netzpolitik, Katayun Pracher-Hilander, die schon die Corona-Maßnahmen als „psychologische Kriegsführung“ und „kriminelles Verhalten“ bezeichnet hatte: „Hier wird versucht, die totale staatliche Kontrolle über das Surfverhalten zu etablieren!“

Auch die Grünen haben Bedenken: „Politisch spricht nichts gegen funktionale Altersverifikationen“, sagt Netzpolitik-Sprecher Süleyman Zorba, der vorliegende Entwurf berge aber viele Gefahren: „Ob die versproche-

ne Anonymität hält, hängt allein an der Implementierung. Damit droht unter anderem die versteckte Klarnamenpflicht durch die Verknüpfung von Altersverifikation und Identität, und sogar ein Register, wer sich wo identifiziert hat, wäre möglich. Bei Pornoseiten wiegt das besonders schwer, weil schon die Information, dass sich jemand für eine solche Seite verifiziert, hochsensibel ist.“

In den Verhandlungen der Dreierkoalition dürften die Neos bei den verpflichtenden Altersgrenzen auf der Bremse gestanden sein. Die Volkspartei fordert indes schon länger eine Klarnamenpflicht im Internet. Und die SPÖ hat sich möglichst effektiven Kinderschutz auf die



Staatssekretär Alexander Pröll (ÖVP) verantwortet die Umsetzung der Altersverifizierung.

„Wir prophezeien, dass dieses Gesetz spätestens bei der ersten Strafe gegen einen amerikanischen Techkonzern fallen wird.“

Thomas Lohninger, Geschäftsführer Epicenter.Works

Fahnen geheftet. Neos-Datenschutzsprecherin Ines Holzegger macht bereits jetzt klar: „Eine Altersverifizierung, die die Anonymität nicht gewährt und Bürgerrechte aushöhlt, wird es mit Neos nicht geben.“ Und: Einem Gesetz, das Kinderschutz und Privatsphäre nicht gewährleistet, „werden wir nicht zustimmen.“ Ganz durch ist das Thema in der Regierung offenbar noch nicht.

Stolpersteine

Und auch von außen bahnt sich Ungemach an. Denn speziell die Zugangsbeschränkung zu Social Media ist rechtlich umstritten. „Wir prophezeien, dass dieses Gesetz spätestens bei der ersten Strafe gegen einen amerikanischen Techkonzern fallen wird“, sagt Lohninger: „Der Europäische Gerichtshof wird feststellen, dass die Materie keine nationale Kompetenz ist.“

Wenn es überhaupt so weit kommt und die EU das Gesetz nicht schon davor kippt: Die EU-Kommission muss prüfen, ob Österreich diese Einschränkungen überhaupt setzen darf. Das kann Bablers Zeitplan sprengen.

In Regierungskreisen rechnet man damit, dass Brüssel mindestens drei Monate braucht, um das Gesetz durchzuwinken. Es könnte aber auch bis zu einem Jahr dauern. Frankreich beschloss zuletzt eine Altersgrenze auf Social Media, wurde dafür aber bereits von der Kommission in die Schranken gewiesen: Sollte die dortige Regelung Online-Plattformen Verpflichtungen auferlegen, wäre das mit EU-Recht „unvereinbar“. Selbiges wird wohl auch für Österreich gelten.

Auch die effektiven Altersgrenzen für Pornoseiten werden nicht folgenlos bleiben. Nachdem Frankreich Pornoseiten verpflichtete, das Alter ihrer Nutzer zu überprüfen, zogen sich große Anbieter wie Pornhub oder YouPorn aus dem französischen Markt zurück. Der Branchenriese Aylo, der Konzern hinter Pornhub, warnt vor einem Verdrängungseffekt: „Wir wissen, dass Nutzer, die auf eine Altersverifizierung verzichten, nicht aufhören werden, nach Erwachseneninhalten zu suchen.“

Nutzerinnen und Nutzer würden demnach auf weniger verantwortungsvolle Plattformen ausweichen, also Pornoseiten ohne Moderation oder mit illegal angefertigten Inhalten.

Das österreichische Modell dürfte attraktiver für die Porno-Plattformen sein. In Großbritannien ist die Alterssperre etwa ähnlich aufgebaut wie in Österreich: Die Websites prüfen nicht das Alter, sondern nur den Altersnachweis. Im Vereinigten Königreich mittels registriertem Smartphone. Pornhub-Eigentümer Aylo begrüßt diesen Vorschlag explizit, auch weil damit Seitenbetreiber weniger Haftungen bei Verstößen durch Minderjährige tragen würden.

Doch selbst die strengsten Regeln haben in einem World Wide Web eine Schwäche: Nationale Beschränkungen lassen sich technisch leicht umgehen. In Regierungskreisen rechnet man damit, dass „Virtual Private Networks“ (VPNs) durch das neue Gesetz einen Boom erleben werden. Mit ihnen lässt sich ein anderer Standort vorgaukeln – und damit eine andere zuständige Rechtslage. Da diese Technologie auch bei privaten Firmen in der Cybersicherheit zur Anwendung kommt, gilt ein Verbot von VPN-Angeboten in Regierungskreisen als ausgeschlossen.

Kommt das Gesetz, dürfte es im neuen Jahr dennoch weniger Kinder auf Social-Media-Plattformen geben. Und die Zahl der Pornoseiten-Nutzer in Österreich dürfte ebenfalls sinken. ■